

## AfD Kreisverband Hildesheim

### Werden Sie jetzt Mitglied.

Hier geht es zu unserem Online-Formular.  
Einfach ausfüllen, abschicken, fertig.

[afd.de/mitglied-werden](https://afd.de/mitglied-werden)

Wir freuen uns auf Sie.

Oder nehmen Sie direkt Kontakt zu uns vor Ort auf unter  
[info@afd-hildesheim.de](mailto:info@afd-hildesheim.de)

► **Sie denken, was wir denken?  
Dann unterstützen Sie unsere Arbeit doch  
mit einer Spende.** Spenden sind in der Regel  
steuerlich absetzbar. Bitte geben Sie auf der Überweisung Ihre  
genaue Anschrift an, damit wir Ihnen eine  
Spendenquittung zukommen lassen können.

#### Bankverbindung:

AfD Kreisverband Hildesheim  
Sparkasse HGP  
IBAN: DE75 2595 0130 0034 6634 55  
BIC: NOLADE21HIK

#### V.i.S.d.P:

Frank Rinck  
Am Brabrinke 14  
30519 Hannover  
[frank.rinck@afd-uelzen.de](mailto:frank.rinck@afd-uelzen.de)



Erstellungsdatum: Juli 2021

## Landwirtschaft. Aber normal.

Als Bundestagskandidat für den Wahlkreis 48 (Hildesheim) und auf Listenplatz 2 für die AfD Niedersachsen setze ich mich für den Erhalt unserer Kulturlandschaft und der landwirtschaftlichen Betriebe ein.



**Deutschland.  
Aber normal.**



## Liebe Bürger/innen,

die heimische Landwirtschaft steckt derzeit in einer existenzbedrohenden Krise. In immer kürzeren Abständen werden von der Politik neue Auflagen und Verbote erlassen. Neben der daraus resultierenden überbordenden Bürokratie und den stetig steigenden landwirtschaftlichen Produktionskosten müssen die heimischen Bauern mit den Dumpingpreisen der Agrarimporte konkurrieren. Kein Wunder also, dass jedes Jahr rund 9.000 Betriebe ihre Hoftore für immer schließen müssen. Und das trotz der Agrarfördermittel, die mittlerweile bei landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben zwischen 40 und 50 Prozent des Einkommens ausmachen. Mehr als die Hälfte der Bauern wirtschaftet im Nebenerwerb. Dort haben die Beihilfen sogar durchschnittlich einen Anteil von etwa 90 Prozent am landwirtschaftlichen Einkommen.

Damit bäuerliche Familienbetriebe in Deutschland eine gute Zukunft haben, benötigen sie wieder mehr unternehmerische Entscheidungsfreiheit. Dazu müssen wir die hohen landwirtschaftlichen Produktionskosten senken und die politischen Rahmenbedingungen für faire Erzeugerpreise schaffen. Um die Kosten zu senken, haben wir u.a. gefordert, dass alle bestehenden Normen und ordnungsrechtlichen Vorschriften in der Agrarpolitik mit dem Ziel einer umfangreichen Deregulierung auf ihre Effizienz und Wirksamkeit überprüft werden. EU-Richtlinien, welche die deutsche Landwirtschaft betreffen, wollen wir künftig nur noch 1:1 in nationales Recht umsetzen, weil gemeinsame Märkte auch gemeinsame Regeln brauchen. Für faire Erzeugerpreise müssen wir vor allem die strukturell schwache Verhandlungsposition der Bauern gegenüber den Unternehmen der Ernährungsindustrie – und mittelbar des Handels – stärken.

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen – Boden, Wasser und Luft – hat ebenfalls eine zentrale Bedeutung für die AfD-Bundestagsfraktion. Die deutschen Bauern leisten dazu bereits heute einen besonders wichtigen Beitrag. Solange wir aber Agrargüter aus Ländern importieren, in denen Umwelt, Tier-, und Artenschutz meist keine große Rolle spielen, nutzt es nichts, die deutschen Umweltstandards im nationalen Alleingang immer weiter anzuheben. Wir setzen uns deshalb für einen Umweltschutz ein, der gemeinsam mit den Bauern und nicht gegen sie funktioniert. Maßnahmen, die auf Kooperation und Freiwilligkeit beruhen, sind immer wirksamer, praxistauglicher und finden größere Akzeptanz bei denjenigen, die sie umsetzen müssen, als Verbote.

**In der 19. Legislatur des Deutschen Bundestages stand die Agrarpolitik der AfD unter den beiden Leitsprüchen: „Stirbt der Bauer, stirbt das Land“ und „Heimat braucht Bauern“. Dieses Leitbild möchte ich in der kommenden Periode weiter vertreten wissen.**

## Ziele

### Düngeverordnung

Nitratwerte im Grundwasser müssen unter realen Bedingungen ermittelt werden und dürfen nicht auf ähnlich fragwürdige Weise gemessen werden wie die Stickoxide in unseren Städten.

### Gemeinsamer Markt, gemeinsame Regeln!

In der Realität sieht die „gemeinsame europäische Agrarpolitik“ in jedem Mitgliedsstaat anders aus. Während Deutschland jede Vorgabe eher verschärft, sind in anderen Staaten neben Ausnahmegenehmigungen für nicht mehr zugelassene Pflanzenschutzmittel auch Extra-Subventionen üblich. Diese Praxis führt zu massiven Nachteilen für die deutsche Landwirtschaft.

### Bürokratieabbau

Ein zu großer Zeitaufwand für die Dokumentation der unterschiedlichsten EU-Auflagen verringert die effiziente Arbeitszeit in unseren landwirtschaftlichen Familienbetrieben. Hier kann nur die Abschaffung vieler nicht mehr zeitgemäßer oder regional nicht passender Verordnungen Erleichterung schaffen.

### Nutztierbestände

Der gesetzlich verankerte Tierschutz muss von der Geburt bis zur Schlachtung sichergestellt bleiben. In jenen Fällen, in denen private Vereine und NGOs kriminelle Aktionen begehen oder haltlose Kampagnen gegen Tierhalter und andere Akteure fahren, muss dies konsequent geahndet werden.



### Direktzahlungen

Die derzeitigen Direktzahlungen entschädigen die Betriebe für eine Vielzahl überzogener Auflagen und Verpflichtungen und sind daher für ihre wirtschaftliche Existenz bedeutend. Ohne Abbau von Auflagen kann die AfD nur eine minimale Umschichtung aus dieser wichtigen ersten Säule akzeptieren! Darüber hinaus fehlende Mittel müssen aus anderen Bereichen aufgebracht werden.

### Schutz vor Wölfen

Die zunehmende Zahl an Wölfen bedroht jede Art der Weidetierhaltung. Sie stellt außerdem eine enorme emotionale und finanzielle Belastung für die Menschen und Agrarbetriebe dar. Eine Entschädigung nach Wolfsrissen muss unkompliziert nach „Marktwert“ und der Wiederbeschaffungskosten erfolgen. Für diese Probleme muss man ideologiefreie Lösungen finden! Wölfe müssen außerdem in das Jagdrecht aufgenommen werden, um diese bei Auffälligkeiten entnehmen zu können.